

# Bildungsfinanzierung und Privatisierung

Ein Symposium der GEW-Hamburg zu Ehren von Horst Bethge

Der Anlass war traurig: Horst Bethge ist in diesem Jahr gestorben.

In der hlz ist Horst von vielen seiner MitstreiterInnen bereits gewürdigt und verabschiedet worden.

Für die Hamburger GEW blieb, einen Rahmen zu finden, in dem eine Würdigung in Horsts Sinne stattfinden konnte.

Wie sollten wir Horst ehren?

Angesichts der Fülle von politischen Themengebieten, in denen er zeitlebens zu Hause war, standen wir vor der Wahl, einen bunten Strauß von Themen und Referenten anzubieten, von der Friedensbewegung über den Kampf gegen die Berufsverbote bis hin zu gewerkschaftlichen und parteipolitischen Themen. Wir haben uns stattdessen dafür entschieden, einen thematischen Schwerpunkt zu setzen.

Die Privatisierung des Bildungswesens und die mangelhafte Finanzierung waren Themen, die Horst in den letzten 15 Jahren besonders im gewerkschaftlichen Umfeld beschäftigt haben. Ihm war klar, dass nur durch das Zurückdrängen kapitalistischer Marktmechanismen aus dem Bildungssektor und nur durch eine staatliche Finanzierungsoffensive des unterfinanzierten Bildungswesens das Ziel:

Für alle Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen die besten Bildungsmöglichkeiten zu schaffen unabhängig von ihrer sozialen und ethnischen Herkunft, zu erreichen sein wird.

Dafür hat er sich zeitlebens eingesetzt.

Und ich bin überzeugt davon, dass Horst das Konzept dieser Veranstaltung gefallen hätte: Nicht Lobreden auf ihn hätten ihn besonders interessiert, sondern eine inhaltliche Debatte über Themen, die ihm am Herzen lagen.

So kamen am Sonnabend, den 12. November 2011, im Curiohaus mehr als fünfzig TeilnehmerInnen und Referenten zusammen, um gemeinsam einen Tag lang über offene Fragen der Bildungsfinanzierung und der Privatisierung im Bildungsbereich zu debattieren.

Dr. Roman Jaich vom European Institute for Globalisation

Research (e4globe) steckte mit seinem Vortrag „Öffentliche Bildungsfinanzierung – Was muss sich ändern?“ den Rahmen ab, in dem sich die Finanzierungsdiskussion in Deutschland heute bewegt.

Er bezifferte den zusätzlichen Finanzierungsbedarf auf ca. 37 Mrd. €, davon entfallen auf den

öffentlichen Bereich ca. 27,75 Mrd. €. Dies sind – so machte der Jaich auch in der Debatte klar – sehr konservative, d.h. vorsichtige Schätzungen, die viele dringend nötige Verbesserungen in Kita, Schule, Hochschule und Weiterbildung nicht einmal berücksichtigen.

Allein der Ausbau der Betreuung für unter 3-Jährige, wie gesetzlich vorgesehen, schlägt mit 3,29 Mrd € zu Buche, hinzu kommen der Ausbau der Ganztagsbetreuung mit 830 Mio. und die Entwicklung der Kitas zu Bildungseinrichtungen mit entsprechender Höherqualifizierung des Personals mit 2,11 Mrd. €.

Im allgemeinbildenden Schulwesen müssen allein 5,2 Mrd. € für den Ausbau der Ganztagschulen aufgebracht werden, die restlichen ca. 3 Mrd. sind für Benachteiligtenförderung und eine sehr vorsichtige Verbesserung der Schüler-Lehrer Relation nötig.

In der beruflichen Bildung wird ca.1 Mrd. € zusätzlich nötig sein, um alle Jugendlichen in Ausbildung zu integrieren, eine Umverteilung findet hier zwischen öffentlichen und privaten Ausgaben in der dualen Ausbildung statt, die darauf basiert, dass alle Betriebe sich an den Kosten der dualen Ausbildung

## Öffentliche Bildungsausgaben (Grundmittel) in Relation zum B

1975	1980	1985	1990	1995	1998	1999	2000
5,11	4,77	4,14	3,65	4,11	3,93	3,92	3,84

beteiligen sollen.

Mehr als 5 Mrd. € benötigt der Hochschulbereich, um die Reform des Bafög, den Ausbau der Studienplätze, die Verbesserung der Personalausstattung und die Abschaffung der Studiengebühren zu finanzieren.

Fast 8 Mrd. € wären in der Weiterbildung nötig, im Wesentlichen um den Kreis der Anspruchsberechtigten wieder auf das frühere Niveau zu heben.

In der Diskussion wurde sehr deutlich, dass die Finanzierungsbedarfe gemessen an unseren Anforderungen an das Bildungssystem viel zu gering berechnet sind. Weder eine nachhaltige Verbesserung der ErzieherIn-Kitakind-, LehrerIn-SchülerIn- und Hochschulbeschäftigte(r)-Studierende(r)-Relation ist dabei berücksichtigt, noch eine deutliche Expansion der Studierendenzahlen, die sich an den Erfordernissen der Öffnung der Hochschulen orientiert, noch eine Reduktion der in den letzten Jahren stetig gestiegenen Arbeitszeiten und -belastungen der Beschäftigten in allen Bildungsbereichen, geschweige denn eine Umsteuerung bei der Bezahlung der Pädagoginnen und Pädagogen in Kita, Schule, Hochschule und Weiterbildung ist in diesen Berechnungen berücksichtigt. Darüber hinaus erfordern auch Investitionen z.B. in Schulgebäude, die aufgrund von Investitionsstaus der letzten Jahrzehnte in einem maroden Zustand sind, dreistellige Milliardenbeträge in den kommenden Jahren. Das Ziel, 7% des BIP in die Bildung zu stecken, ist längst nicht erreicht, ist aber das Minimum dessen, was erforderlich ist.



**Klaus Bullan: Statt Lorbeeren die inhaltliche Debatte – so hätte Horst es gewollt**

Jens Wernicke, Bildungsreferent der GEW-Hessen, verdeutlichte in seinem Vortrag über „offene und verdeckte Privatisierung im Bildungswesen“, was die Ursachen der öffentlichen Unterfinanzierung der Bildung sind und welche Umsteuerung hin zu Privatisierung daraus folgt.

Der Anteil öffentlicher Bildungsausgaben am BIP geht in Deutschland nicht nur fortlaufend zurück, sondern ist auch im internationalen Vergleich unterdurchschnittlich.

400 Mrd. € fehlen dem Staat in Deutschland allein aufgrund steuerrechtlicher Veränderungen seit dem Jahr 2000, ganz über-

wiegend sind hohe Einkommen, Vermögen und Unternehmen entlastet worden. Öffentliche Verschuldung ist somit kein Problem zu hoher Ausgaben, sondern ein Einnahmeproblem. Jens Wernicke sieht seit etwa 1975 eine „dreidimensionale Wende“ am Werk: In Verwaltung, Politik und Ökonomie findet eine Umdefinition des Staates und staatlichen Handelns statt:

1. Verwaltung: New Public Management etc.
2. Ökonomie: Finanzmärkte werden dereguliert, Neo-Klassik verdrängt Keynesianismus.
3. Politik: Staat wird vom Helfer in der Not zum Problem; neoliberaler Ideologie setzt sich

BIP								
2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	
3,86	3,96	3,96	3,90	3,86	3,79	3,79	3,69	

durch, was bedeutet: Wenn der Staat geht, wird, wo nur noch der Markt regiert, alles gut werden, „Wohlstand für alle“ generiert.

Ergebnis ist, dass der Wohlfahrtsstaat mehr und mehr zurückgedrängt wird, und die „freiwerdenden“ Staatsgelder werden durch Steuergeschenke überwiegend den Wohlhabenden übereignet.

Die brachliegenden Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge werden dann von diesen in Besitz genommen, also „privatisiert“.

Bildung ist eine lukrative Anlagesphäre für das Kapital.

Damit Bildung als Ware gehandelt werden kann, sind Veränderungen nötig:

1. Bildungsabschnitte werden eingeteilt in Module, die zertifiziert werden. Dort werden bei Bestehen „skill-cards“ – also Zertifikate – ausgegeben. Jedes Modul kann auf dem Bildungsmarkt angeboten werden.
2. Die Ware Bildung muss nun bepreist werden. Sie darf nicht umsonst bleiben, sonst kann man nicht mit Bildung handeln. Deshalb werden Gebühren oder äquivalente Systeme wie Bildungssparen und -konten oder eine begrenzte Anzahl öffentlich finanziert Bildungsgutscheine eingeführt. Der Bund bzw. die Länder gewähren den Hochschulen (und Schulen) eine Budgetautonomie.
3. Für einen Bildungsmarkt werden Informationssysteme benötigt: Diese sind zum einen der Preis für Bildung (Gebührenhöhe) und zum anderen ein System normsetzender Vergleiche (z.B. Uni-Rankings) bzw. Akkreditierungsagenturen, durch deren Informationen sich verschiedene Preissegmente ausbilden können.
4. Die staatliche Bildung wird reduziert auf kleine Bereiche der „staatlichen Grundbil-

dung“. Die restlichen Bildungsbereiche werden (teil) privatisiert und in so genannte „Private-Public-Partnerships“ umgewandelt. Bildungseinrichtungen werden zu marktfähigen Bildungsanbietern bzw. Bildungsproduzenten umgewandelt.

Darüber hinaus – Wernicke spricht hier von endogener Privatisierung – halten Merkmale wie Ziel- und Leistungsvereinbarungen, eigene Budgets, Personalverantwortung, Schulmanager und -vorstände, Outputorientierung, Qualitätsmanagement und externe Schulinspektionen Einzug in das staatliche Bildungswesen und übernehmen so privatwirtschaftliche Grundsätze.

Dies ist der Rahmen, in dem Hamburgs selbstverantwortete Schule diskutiert und bewertet werden muss – gerade aktuell ist in diesem Zusammenhang die Debatte um Sinn und Unsinn der Schulinspektion sowie die „freie Schulwahl“ und das Ranking von Schulen.

In Arbeitsgruppen ging es dann um die Themen: Öffentliche Bildungsausgaben steigern – wie ist das zu erreichen? (Ulrich Thöne, Vorsitzender der GEW), Unternehmen Hochschule (Thorsten Bultmann, Geschäftsführer BdWi) und Öffentliche Finanzen unter dem Druck der Schuldenbremse – auch in Hamburg (Joachim Bischoff, Finanzpolitischer Sprecher der LINKEN-Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft).

Ulrich Thöne stellte heraus, dass die Sonntagsreden von der Bildungsrepublik Deutschland an ihren eigenen Ansprüchen gemessen den Weg zu einer Unterfinanzierung der Bildung in Deutschland ebnen. Er stellte in diesem Zusammenhang das steuerpolitische Konzept der GEW vor und wies auf die Aufgabe der Gewerkschaften in diesem Land hin, massiv für die Erhöhung der Spitzensteuersätze, der Ver-

mögens- und Erbschaftssteuer sowie einer Finanztransaktionssteuer zu mobilisieren. Nur so sei es möglich, die Abwärtsspirale der öffentlichen Haushalte und der gesamten Wirtschaft in Deutschland und in Europa aufzuhalten und die Versorgung der Bevölkerung mit Bildung, Gesundheit und sozialen Dienstleistungen sicher zu stellen.

Joachim Bischoff machte ebenfalls deutlich, dass der Weg der Schuldenbremse, wie er von den gegenwärtigen Regierungen in Hamburg, den anderen Ländern und im Bund beschritten wird, fatale Folgen haben wird und deshalb solide Haushaltspolitik in Hamburg, Deutschland und Europa nur erfolgreich sein kann, wenn Investitionen zur wirtschaftlichen Stärkung der Volkswirtschaften, zu Vollbeschäftigung und der Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage getätigt werden statt sie durch rigide Sparhaushalte zu strangulieren.

In einer Abschlussrunde – moderiert, wie der gesamte Tag, von Karl-Heinz Heinemann, einem Bildungsjournalisten und Mitstreiter von Horst Bethge seit Beginn der 70er Jahre – wurden die Analysen und Perspektiven noch einmal zusammengetragen.

Für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieser Tagung, die fast durchweg durch hohe Fachkompetenz zum Gelingen der Tagung beitrugen, war klar, dass weitere Veranstaltungen zur Vertiefung und Konkretisierung der angesprochenen Themen folgen müssen.

Die GEW wird dazu im neuen Jahr einladen.

KLAUS BULLAN

Für LeserInnen, die sich schon jetzt eingehender mit den angesprochenen Inhalten beschäftigen wollen: Die Vorträge von Roman Jaich und Jens Wernicke sowie das steuerpolitische Konzept der GEW sind auf der homepage der GEW-Hamburg abrufbar.